

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 18

Artikel: Einmal mehr - keinmal zuviel : die Grundlagen des Antikommunismus
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076573>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anwendung kommen. Und den tschechoslowakischen Weg militärisch abwürgen konnten nur diejenigen, die eine imperialistische Zielsetzung hatten. Die überall manifest gewordenen Anpasser an die sowjetischen Machthaber haben also in keiner Weise Verständnis für den Sozialismus bekundet, sondern nur für dessen faschistische und imperialistische Ausprägung.

Von der Solidarität mit und ohne Bedingungen

Wer sein Bedauern über die sowjetische Aggression ausschliesslich darauf gründet, dass sie tragischerweise einem sozialistischen Staat gegolten habe, der anerkennt indirekt ein Interventionsrecht gegen einen Staat, der den Sozialismus tatsächlich hätte verlassen wollen. Und das schliesst eine Verneinung der Souveränitätsrechte jedes Landes, unbeschadet seiner bestehenden oder gewünschten Gesellschaftsordnung, ein. Abgesehen davon, dass hier die Frage nach dem, was man als Sozialismus zu betrachten habe und was nicht, die Gutheissung oder Ablehnung der Intervention zur Ermessensfrage macht. Genau der sowjetische Fall also.

Stellt euch einmal vor, Kinder, Frankreich würde die Schweiz mit einer Okkupation bedrohen. Und nun würde es in Drittstaaten Leute geben, die uns mit dem Argument unterstützen wollten, Frankreich habe kein Recht dazu, da in der Schweiz die bürgerliche Gesellschaftsordnung keineswegs gefährdet sei. Unsere bürgerlichen Politiker würden sich für diese Solidaritätsgründung schön bedanken. Die tschechoslowakischen Kommunisten dürfen sich die öffent-

liche Zurückweisung analoger «Solidarität» natürlich nicht leisten und durften es nie. Aber ich kann mir vorstellen, was sie sich dabei denken. Wenn ich schon unter den tschechoslowakischen Kommunisten keine Genossen habe, habe ich unter ihnen doch Freunde.

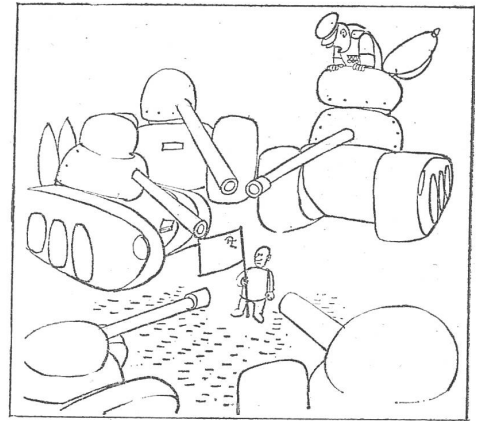
Deshalb ist unsere Solidarität und Freundschaft, gelinde gesagt, gültiger: sie stellt keine Gesinnungsvorschrift zur Bedingung.

Wer übrigens treuherzig und bestürzt den Schaden bejammern will, den die Sowjetunion sich selber zugefügt habe («Leider, leider, so eine Fehleinschätzung der CSSR, welch tragischer Missgriff!»), der mag sich trösten: Die UdSSR hat den zeitweiligen Prestigeverlust vorderhand machtmässig reichlich kompensiert:

Die Bilanz der Macht

Nach einer siebtägigen Okkupation hat die Sowjetunion mit dem Recht des Stärkeren die Tschechoslowakei wieder zur Raison gebracht. Der «Prager Frühling» hat sich als ein Zwischenspiel erwiesen. Das Experiment «sozialistische Demokratie» ist in Osteuropa so lange nicht möglich, als Moskau es nicht zulassen will. Und dieser Fall zeichnet sich nicht ab, ganz im Gegenteil.

Was ist das Fazit der Besetzung und des Moskauer «Abkommens», das heisst Diktates? Die Sowjetunion hat den Ostblock wieder zusammengefügt. Ihre Machtposition ist in Osteuropa unangefochtener als je in den letzten Jahren. Mit dem Exempel ist auch Rumänien, dem offensichtlich ein Ultimatum gestellt wurde, in die



Für die reine Linie (ein Gedankenspiel): «Ich sag es dir zum letzten Mal: diskreditiere nicht den Sozialismus.» («Delo», Ljubljana)

Schranken gewiesen. Und andere Länder kommen nicht mehr in Versuchung, die Zusicherung der Möglichkeit vom «eigenen Weg zum Sozialismus» auch noch zu glauben. Die «schöpferische Anwendung» der kommunistischen Prinzipien auf die einzelnen Länder bedeutet zur Hauptsache, dass man verbindliche russische Vorschriften auch in andere Sprachen übersetzen darf. Die sowjetische Macht steht noch besser etabliert da als in den letzten Jahren der Aera Novotny.

Zurück bleibt unsere Ohnmacht. Und die mutmassliche Tatsache, dass wir uns mehrheitlich recht gut mit ihr abfinden werden. ■

Einmal mehr — keinmal zuviel:

Die Grundlagen des Antikommunismus

Mit dem Ruf «Dubcek — Svoboda» haben Hunderttausende im Westen gegen den Einmarsch sowjetischer und anderer Truppen in die Tschechoslowakei protestiert. Mit dem Hinweis, Dubcek und Svoboda seien Kommunisten, wird bereits Verwirrung gestiftet: der Antikommunismus sei überholt, und wir müssten jetzt für den (tschechoslowakischen) Kommunismus sein. Zur Klärung falscher Vorstellungen lassen wir eine Stellungnahme folgen, die am 8. März 1967 an dieser Stelle veröffentlicht worden ist.

Als Ausdruck der tiefen geistigen Krise und des äussersten Niederganges der bürgerlichen Ideologie entstellt der Antikommunismus die marxistische Lehre in ungeheurer Weise, verleumert er die sozialistische Gesellschaftsordnung aufs gröblichste, verfälscht er die Politik und die Ziele der Kommunisten und betreibt eine Hetze gegen die demokratischen, friedliebenden Kräfte und Organisationen.»

Dieser Satz steht in der Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien, die sich im November 1960 zur vorläufig letzten gemeinsamen Konferenz zusammenfanden. An jener Beiratung ist kommunistischerseits der Anti-Antikommunismus aus der Taufe gehoben worden: Will man die Interessen der Werktätigen erfolgreich vertreten, den Frieden erhalten und die sozialistischen Ideale der Arbeiterklasse verwirklichen, so muss man den Antikommunismus entschieden bekämpfen, diese vergiftete Waffe, de-

ren sich die Bourgeoisie bedient, um die Massen dem Sozialismus fernzuhalten.»

Der damals aufgenommene Kampf gegen den Antikommunismus wurde wohl vorbereitet und treibt heute nun die verschiedensten Blüten. Es ist kein sachliches Gespräch, keine geistige Auseinandersetzung daraus geworden, die man begrüsst hätte, sondern eine Spiegelfechterei. Die Methode ist einfach genug: dem Antikommunismus wird eine Haltung unterschoben, die leicht widerlegt werden kann.

Dennoch ist es dank der enormen Mittel, welche die kommunistische Bewegung einzusetzen vermag, dank auch eines grossen Geschickes und jahrzehntelanger Erfahrungen gelungen, viele Geister zu verwirren und viele Fragen zu verfälschen.

Zu den kommunistischen Frontkämpfern in dieser Auseinandersetzung gesellen sich — teils be-

wusst und teils unwissentlich — auch ernste Demokraten aus den Rängen der Pazifisten und Nonkonformisten etwa, oft ohne zu merken, dass sie als wahre Pazifisten und Nonkonformisten grundsätzlich Antikommunisten sein müssten.

Sicher ist es an der Zeit, die grundsätzliche Haltung wieder einmal abzugrenzen, zunächst des Antikommunismus und seines Verständnisses des Kommunismus, später dann auch des Nonkonformismus.

Der Antikommunismus, wie wir ihn verstehen, ist keine Ideologie, sondern eine gegenüber der kommunistischen Aggression besonders formulierte Haltung der Freiheit und Toleranz. Gegenüber andern konkreten Bedrohungen der Freiheit und Toleranz sind andere ebenso klare Haltungen zu formulieren, zum Beispiel Antinationalsozialismus oder Antifaschismus.

Wenn wir die Freiheit als persönliche Zuständigkeit zur sittlichen Entscheidung definieren und aus Toleranz diese Zuständigkeit jedem Individuum zubilligen, so folgt daraus, dass ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch keine Glaubensinhalte irgendwelcher Art bekämpft. Er mag einigen zustimmen, er mag andere ablehnen; er mag seine Zustimmung oder Ablehnung dieser oder jener Glaubensinhalte öffentlich bekunden: nie aber wird er mit Ge-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Sollen wir denn Dubceks Hüter sein?

Es steht ausser Zweifel, dass mit Dubcek die gesamte tschechoslowakische Reformbewegung sich zum Kommunismus bekennt. Heisst das, dass wir uns auch gegen sie einzusetzen hätten? Doch wohl nicht. Dubcek wurde als Führer vom tschechoslowakischen Volk nicht so einhellig anerkannt, weil er Kommunist ist, sondern weil er Demokrat sein wollte, weil er humaner zu sein versprach, weil er den Menschen in den Mittelpunkt rückte, weil er darauf verzichtete, den Kommunismus mit Zwang und Gewalt zu verbreiten.

Dagegen hat ein sachbezogener Antikommunist nicht das geringste einzuwenden. Dafür kann und soll er sich einsetzen. Nicht weil Dubcek Kommunist, sondern weil und solange er ein Demokrat ist. Und mit einer solchen Unterstützung, die jedem Andersdenkenden zuzubilligen ist, wird keineswegs der Glaubensinhalt dieses Andersdenkenden übernommen. Denn wir kämpfen für eine Welt, in der jeder seine Ueberzeugung äussern können muss. Auch Alexander Dubcek.

Daher sollen wir Dubceks Hüter sein. Und damit ist durchaus kein Bekenntnis zum Kommunismus, sondern zur Demokratie verbunden.

Warum, so könnte man fragen, bezeichnen wir uns denn als Antikommunisten und nicht beispielsweise als Antitotalitaristen? Die Frage ist berechtigt. Aber es gibt eine gültige Antwort.

Es ist eine Eigentümlichkeit im kommunistischen Glaubensinhalt marxistisch-leninistischer Prägung, die den Träger dieser Ideologie in beson-

derem Masse auf den Totalitarismus anfällig macht: die dogmatische Ueberzeugung, dass die angeblich geschichtsnotwendige Verwirklichung des idealen Endzieles aktiv erzwungen werden muss, das heisst unter Verwendung sogar von Gewalt. In der Tat: die theoretische und praktische Untersuchung zeigt, dass der Marxismus-Leninismus auf die Anwendung von Gewalt nicht verzichten kann.

Wer aber auf die Gewalt doch verzichtet, ist kein Kommunist im Sinne des Marxismus-Leninismus mehr, auch wenn er einem Kommunismus eigener Art huldigt. Denn der Marxismus-Leninismus, der gemeinhin als Kommunismus bezeichnet wird, ist genau bestimmt und hat ein Machtzentrum: Moskau. Es ist daher angängig, Kommunismus und Marxismus-Leninismus gleichzusetzen.

Eine zweite Frage ist berechtigt: Wie kommt es, dass wir behaupten, marxistisch-leninistische Glaubensinhalte nicht zu bekämpfen, wenn wir gleichzeitig eine so enge Verbindung zwischen Glaubensinhalt und gewaltsamer Glaubensverbreitung unterstellen? Die Antwort liegt darin, dass sich der Kampf gegen die gewaltsame Glaubensverbreitung nicht eindeutig vom Kampf gegen kommunistische Glaubensinhalte isolieren lässt. Ist dieser Kampf auf dem Boden der Toleranz erfolgreich, so wird der Kommunismus seiner Macht entkleidet und auf das Mass des untergangsgeweihten Glaubensbekenntnisses einer Sekte gestutzt. Das muss — und mehr darf nicht — postuliert werden.

Die Grundlagen des Antikommunismus

(Fortsetzung von Seite 9)

walt gegen Glaubensinhalte vorgehen, die ihm nicht zusagen.

Gerade darum muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch es jedem andern versagen, Glaubensinhalte irgendwelcher Art mit Gewalt durchzusetzen. So wäre etwa mit jedem zulässigen Mittel gegen ein ausserhalb des Notstandes beabsichtigtes Verbot der PdA zu kämpfen, freilich ohne glauben zu müssen, was sie propagiert.

Hier findet der Antikommunismus als Widerstand seinen Ursprung und zugleich seine Rechtfertigung. In erster Linie geht es ihm nicht um die kommunistischen Glaubensinhalte, sondern um die Methoden ihrer Verwirklichung. Ist der Nachweis einmal erbracht, dass Gewalt zur Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte angewendet wird, so muss ein der Freiheit und Toleranz verpflichteter Mensch Antikommunist werden. Nicht im Namen irgendwelcher anderer Glaubensinhalte oder sogenannter positiver Ideen und Werte, wie unüberlegt allzu oft gefordert wird. Sondern lediglich im Namen der Glaubensformen Freiheit und Toleranz.

Diese Haltung grenzt sich nach zwei Seiten ab. Weil sich einerseits der Antikommunismus nicht mit Glaubensinhalt befasst, wird er auch nicht die dem Kommunismus verwandten oder aus gleichen Ursprüngen entwickelten Glaubens-

inhalte (wie etwa jene sozialistischer Richtungen) bekämpfen. Andererseits darf der Kampf gegen etwas (hier gegen die Methoden zur gewaltsamen Verbreitung kommunistischer Glaubensinhalte) nicht mit einem Kampf für etwas (zum Beispiel Buddhismus, Protestantismus, Katholizismus, Kapitalismus usw.) unzulässig gekoppelt werden. Aus dem Gemeinsamen der Ablehnung soll eine Gemeinsamkeit für einen bestimmten Glaubensinhalt nicht erzwungen werden. Wer dem Antikommunismus eine «negative» Haltung vorwirft, übersieht daher, dass solche Ungebundenheit sein Vorzug ist.

Wenn beispielsweise von einem europäischen Antikommunisten gefordert wird, dass er zugleich für das Christentum eintrete, so könnte etwa ein den Kommunismus ablehnender Buddhist zum Einsatz für das Christentum angehalten werden. Das wäre geistig unredlich. Oder dem Buddhisten könnte die Sache des Antikommunismus als ausschliessliche Angelegenheit des Christentums erscheinen. Das wäre politisch eine Fehlleistung. Von hier aus wird begreiflich, dass und warum der Antikommunismus sich nicht in erster Linie mit den kommunistischen Glaubensinhalten beschäftigen muss. Er bezieht seine Legitimierung nicht von ablehnungswürdigen Glaubensinhalten, sondern von abzulehnenden Methoden zu ihrer Durchsetzung. Mithin wird der Antikommunismus dauernd und sorgfältig studieren, ob und inwieweit die sich allenfalls wandelnden kommunistischen Glaubensinhalte mit Methoden der Gewalt verbreitet werden. Er wird so zur

Quelle wissenschaftlich erarbeiteter, sachlicher Informationen, die zur Meinungsbildung angeboten, aber nicht aufgezungen werden. Insoweit der Antikommunismus zugleich auch wissenschaftliche Ostforschung.

Wandlungen der kommunistischen Glaubensinhalte sind aus dieser Sicht von sekundärem Interesse. Da sie indessen in einem mittelbaren Zusammenhang mit den Methoden zu ihrer Verbreitung stehen, wird der Antikommunist auch dieses Studium nicht vernachlässigen. Dieses erlaubt ihm — jetzt als Staatsbürger — eine persönliche Stellungnahme sogar zu kommunistischen Glaubensinhalten.

In der Abwehr gewaltsamer Methoden der kommunistischen (wie früher der nationalsozialistischen) Glaubensverbreitung ist der Antikommunismus notfalls selber zur Verwendung von Mitteln der Gewalt legitimiert, und zwar unter Anrufung des Widerstandsrechtes. Allerdings wenn solche Methoden eingesetzt werden, dann der Kampf nicht Glaubensinhalten, sondern nur den Formen ihrer Durchsetzung gelten.

Ausserhalb des Notstandes wird der Antikommunismus das Gespräch, die geistige Auseinandersetzung suchen, um darauf hinzuweisen, dass der Einsatz von Zwang und Gewalt unannehmbare Methoden der Glaubensverbreitung sind.

Damit ist die Position des Antikommunismus kurz umrissen. — Ein solcher Antikommunismus muss die Haltung eines jeden Demokraten (und damit auch des wahren Pazifisten und Nonkonformisten) sein.

Was nun das Verständnis des Kommunismus aus dieser Sicht betrifft, so werden Wandlungen nicht etwa negiert, sondern positiv registriert. Nicht das ist die Frage, ob solche Wandlungen bestehen, sondern vielmehr, welche Bedeutung ihnen zuzumessen ist.

Es wird gesagt, dass sich die kritischen Stimmen in den kommunistisch geführten Ländern mehreren. Aber es wird übersehen, dass sie nach wie vor mit sichtbarer oder versteckter Gewalt mundtot gemacht werden, dass sie nur organisatorisch nicht aber geistig innerhalb der Bewegung stehen. Diese Kritiker stehen letztlich auf der Position des Antikommunismus.

Es wird gesagt, dass sich die kommunistischen Führer von den schlimmsten Entartungsformen des Kommunismus distanzieren haben. Aber es wird übersehen, dass dies nur insoweit geschehen ist, als Kommunisten selbst zu Opfern der Willkür wurden; dass die Natur totalitärer Systeme die Apologeten zu Kritikern werden lässt, dass sie im Heute das Gestern verleugnen. Im Zuge seiner Verwirklichung bürdet sich der Kommunismus immer neue Gewichte auf, um sich ihr wieder zu entledigen. Ballastabwürfe dieser Art erlauben daher noch keine geistigen Höhenflüge. Es wird gesagt, dass die ökonomische Realität Reformen erzwingen. Aber es wird übersehen, dass diese Reformen nicht notwendigerweise eine Demokratisierung erzwingen. Anzeichen liegen vor, wonach das kommunistische Regime mehr und mehr sich des kollektivistischen Terrors bedienen kann, weil sich eine Verwaltungsgesellschaft instituiert, in der die weniger sichtbaren Zwangsmassnahmen nicht minder wirksam eingesetzt werden.

Das vom Anti-Antikommunismus entworfenen Wunschbild des Kommunismus bedarf dieser Korrekturen durch die harten Realitäten.